

# Auer Tageblatt

Abendblätter nehmen die Anzeigen aus für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Erzgebirgsblätter die Anzeigen für Anzeigen aus für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 61

Sonntag, den 13. März 1927

22. Jahrgang

### Das englische und französische Echo der Stresemann-Rede.

London, 11. März. In einem Beitrage zu der Erklärung Dr. Stresemanns in Genf begrüßt es „Daily Chronicle“, daß der deutsche Minister des Auswärtigen die Behauptung dementiert habe, daß Chamberlain versuche, Kombinationen gegen Rußland zu bringen. Das liberale Blatt erklärt:

Die Räumung des Rheinlandes ist Deutschland im Versailler Vertrag versprochen worden, wenn es vor Ablauf der fünfzehnjährigen Periode alle aus dem Vertrag sich ergebenden Pflichten erfüllt.

Die britische öffentliche Meinung wird Dr. Stresemanns Behauptung, daß die Bedingungen erfüllt sind und daß die Erfüllung der Versprechung jetzt erfolgen müsse, allgemein unterstützen.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ in Genf schreibt, Dr. Stresemanns Rede vor den ausländischen Journalisten werde dahin ausgelegt, daß sie als Ende jeglicher Idee bezeichnet, die Sesslon des Völkerbundesrates für sowjetfeindliche Pläne auszunutzen, denn der Mittelpunkt seiner Rede sei nicht die erwartete Erklärung gewesen, daß Chamberlain niemals eine Union gegen Sowjetrußland angeregt habe, sondern daß er selbst Chamberlain und Briand gesagt habe, daß Deutschland dringend wünsche, Rußland möchte in gute Beziehungen mit dem übrigen Europa kommen. Es ist klar, daß der Plan besteht, die polnische Frage vor Juni aus dem Wege zu schaffen und dann die Rheinlandfrage aufzuwerfen. Es scheint möglich, daß inzwischen die deutsche Regierung versuchen wird, die Spannung zwischen London und Moskau zu erleichtern. Dr. Stresemann legte großen Nachdruck auf die Wichtigkeit einer Teilnahme russischer Delegierter an der Wirtschaftskonferenz.

Paris, 11. März. Die gestrigen Erklärungen des Außenministers Dr. Stresemann, daß die Reichsregierung zu gegebener Zeit auf Artikel 431 des Friedensvertrages von Versailles zurückgreifen werde, um die Räumung des Rheinlandes zu fordern, wird in der Hauptsache bisher nur von den rechtsstehenden Blättern besprochen. U. a. schreibt „Echo de Paris“: Wenn Deutschland glaubt, die Lösung der Hypothek, die Frankreich auf dem Rheinlande hat, zu fordern, so ist es in seinem Recht, aber die Auffassung des Quat d'Orsay, d. h. der Dienststellen des Quat d'Orsay, wenn

nicht des französischen Außenministers selbst hinsichtlich des Artikels 431 und besonders des Artikels 429 entspricht nicht der deutschen. Das Blatt verlangt eine entsprechende französische Gegenäußerung. Wenn Frankreich sich schweigend verhalte, werde nach Auffassung vieler eine Verführung zum Nachteil Frankreichs eintreten. „Petit Journal“ schreibt, Deutschland hat die Pflicht, die Rheinlande von Frankreich zu fordern und glaubt, dies nimmere als sein Recht verlangen zu können. Es widerspreche sich also zugleich der britischen Politik, die sich weigere, eine sogenannte Entspannung auf Kosten der Sicherheit vorzubereiten. Wäre das nicht eine Gelegenheit für Frankreich wie für England, aber die Lehren dieses Artikels nachzudenken. „Avenir“ sagt, Stresemanns Auffassung sei eine Auffassung, die, wie man hoffe, nicht von der französischen Regierung angenommen werde.

#### Fortsetzung in Genf.

Genf, 11. März. Die heutige Sitzung des Völkerbundesrates eröffnete Dr. Stresemann mit einer Rede im Namen des Rates wegen der Erdbebenkatastrophe in Japan. Der japanische Delegierte, Graf Ichi, dankte und hierauf trat der Rat in die Verhandlung der Optumfrage ein. Ferner wurde auf einen Vorschlag, den Reichsaussenminister Dr. Stresemann in seiner Eigenschaft als Berichterstatter für wirtschaftliche Angelegenheiten machte, beschloffen, im Spätherbst dieses Jahres in Genf eine diplomatische Konferenz von Regierungsvertretern zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention behufs Abschaffung der Verbote und Einschränkungen für Aus- und Einfuhr einzuberufen. Das Datum dieser Konferenz, an der auch Nichtmitglieder des Völkerbundes teilnehmen sollen, wurde vorläufig auf den 4. November festgesetzt. Gleichzeitig wurde auf Antrag von Dr. Stresemann der Tätigkeitsbericht des Wirtschaftsausschusses genehmigt und grundsätzlich dessen Vorschläge zugestimmt, im nächsten Jahr eine internationale Konferenz amtlich tätiger Statistiker zwecks Vereinfachung der Wirtschaftskennzahlen abzuhalten. Schließlich stimmte der Völkerbundrat in seiner öffentlichen Sitzung entsprechend einem von Danzig vorgebrachten Wunsch der Abänderung des Verwendungsplanes der Stadtanleihe von 1925 debattelos zu. Die Sitzung wurde darauf für nicht-öffentlich erklärt.

### Die Demokraten für Ermäßigung der Lohnsteuer.

Berlin, 11. März. Im Steuerauschuß des Reichstages haben, wie das V.D.B.-Blatt hört, die Demokraten folgende Änderung des Einkommensteuergesetzes beantragt: Von dem die steuerfreien Beträge übersteigenden Arbeitslohn hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung einen Betrag von 8 vom Hundert bei einem Jahresarbeitsverdienst bis 4000 Mark und von 10 vom Hundert bei einem Jahresarbeitsverdienst von 4 bis 8000 Mark für Rechnung des Arbeitnehmers als Steuer einzubehalten.

#### Reichskabinett und Aufwertung.

Das Reichskabinett ist, wie aus Berlin gemeldet wird, entschlossen, das „Gesetz zur Wiederherstellung des Vollvermögens“, das von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgeforderten und Meterorganisations eingereicht worden ist, nicht zum Gegenstand eines Volksbegehrens machen zu lassen. Der Kabinettsbeschluss wird gefaßt werden, sobald der Reichsjustizminister Herzt die noch ausstehende juristische Begründung dieses Entschlusses fertiggestellt haben wird.

#### Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für heute vormittag einberufen worden, um die vom Reichstagsplenum gestern in erster Lesung erledigten kleinen Abkommen mit Polen zu behandeln. Der „Volkswächter“ will wissen, daß sich der Auswärtige Ausschuss vermutlich in der nächsten Zeit in einer Sitzung mit Fragen beschäftigen werde, die mit dem Bau des Rhein-Schelde-Kanals in Verbindung stehen, da durch die teilweise Internationalisierung der Schelde und nach dem Bau des Rhein-Schelde-Kanals fremden Relegatschiffen mit geringem Erfolg die Möglichkeit gegeben werde, bis in das Herz des deutschen Reiches vorzudringen.

### Ein neuer Präsident des deutsch-polnischen Schiedsgerichts.

Genf 11. März. Der Genfer Advokat Sachonai wurde zum Präsidenten des Gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichts ernannt. Hierzu wird von zuständigen deutscher Stelle mitgeteilt: Die deutsche und die polnische Regierung hatten gemeinsam beim Völkerbundrat den Antrag auf Bestimmung eines neuen Vorsitzenden für das deutsch-polnische Gemischte Schiedsgericht gestellt. Der Posten war durch die Demission des Professors Georg Laumann vakant geworden. Eine Bestätigung über den Nachfolger hatte sich nicht erreichen lassen, so daß nach Artikel 304 des Versailler Vertrages der Völkerbundrat zur Bestimmung des Vorsitzenden zuständig war. Die Wahl des Rates ist auf den Genfer Advokaten Paul Lachenal gefallen, welcher Präsident des Großen Rates des Kantons Genf und einer der angesehensten Genfer Advokaten ist. Er ist der Enzias des bekannten Anwalts und Professors Morel, der lange Zeit Vorsitzender des deutsch-englischen Gemischten Schiedsgerichts war und jetzt Mitglied des deutsch-schwedischen Ständigen Vergleichsrates ist.

### Der Präsident der kommenden internationalen Pressekonferenz.

Genf, 11. März. In der heutigen nichtöffentlichen Ratssitzung wurde Lord Burnham zum Präsidenten der auf den 23. August d. J. nach Genf einberufenen internationalen Pressekonferenz ernannt.

### Das Disziplinarverfahren gegen Kölling und Hoffmann.

Naumburg, 11. März. Die Verhandlungen vor dem Disziplinarssenat des Oberlandesgerichts gegen Landgerichtsrat Kölling und Landgerichtsdirektor Hoffmann aus Magdeburg wurden gestern abend zu Ende geführt. Die Schlussverträge wurden Sonnabend früh geschlossen, so daß am Sonntagabend das Urteil gefällt werden wird.

### Eine Erklärung des Reichsarbeitsministers zum Arbeitsschutzgesetz.

Berlin, 11. März. Im Reichstage gab heute Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zum Arbeitsschutzgesetz eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns dankt den Parteien für die Anerkennung der Arbeit der Beamten seines Ministeriums. Das Verbot der

#### Selbstversorgung der Krankenkassen

sei nicht nur von den Versicherten, sondern auch von den Unternehmern abgelehnt worden. Der Vorzug des deutschen Krankenkassenwesens liege gerade in der Verbindung von Geld- und Sachleistungen. Dieses System bedeute übrigens nichts anderes als die Selbstversorgung der Kleinrentenempfänger. Der Entwurf der Krankenversicherung für die Seeleute sei fertig. Seit Dezember liegt dem Reichstag das Genfer Abkommen über Unfallentschädigung vor. Nur äußere Umstände hätten die Verabschiedung verzögert. Uebrigens sei die deutsche Unfallversicherung wirksamer als die ausländische. Der Unfallversicherung werde das Ministerium dauernd seine Aufmerksamkeit schenken und vor allem die Bedeutung einer guten Gewerbeaufsicht wahren. Durch das Arbeitsschutzgesetz solle die Aufsichtsbefugnis des Reiches gesteigert werden.

Nach Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes werde Gelegenheit zur Ratifizierung verschiedener weiterer internationaler Abkommen gegeben sein. Für eine Verbesserung der Bezüge der Invaliden und Hinterbliebenen trete auch das Ministerium ein. Das Reich wolle auch einen Teil der Kosten übernehmen. Das Ministerium werde untersuchen, ob der Begriff der Invalidität neu gefaßt werden könne. Soweit das Arbeitsministerium auf die Wohngestaltung Einfluss habe, werde es nicht nur einen Ausgleich der Mietssteigerungen anstreben, sondern auch eine allgemeine Erhöhung der Kaufkraft der Arbeitnehmerchaft. Eine eingehende Aussprache über

#### Das Arbeitszeitgesetz

sei noch verfrüht. Aber in Einzelheiten sei man bei dem jetzigen Entwurf noch über das hinausgegangen, was bei den Verhandlungen der früheren Regierungskoalition vor der letzten Krise als Grundlage diente. (Widerpruch links.)

Der Minister betont, daß es sich jetzt nur um eine vorläufige Regelung handle. Das Notgesetz habe nur den Zweck, Mißbräuche des Ueberstundenuntwessens zu beseitigen. Von allergrößter Wichtigkeit für dieses Ziel werde die Beseitigung der Straffreiheit für freiwillige Mehrarbeit sein. Das Notgesetz werde Arbeitszeitbegrenzungen aufstellen, innerhalb deren die Einzelbestimmung Sache der Parteien sei. Die Gestaltung der Arbeitszeit, die ja mit der Lohnbemessung im engen Zusammenhang stehe, könne den Schlichtungsausschüssen nicht entzogen werden. Der Minister erklärt ferner, diktatorische gewerkschaftsfeindliche Mussoliniziele habe er selbstverständlich nicht. (Heiterkeit.) Wegen einzelner kleiner Unzulänglichkeiten solle man nicht ein neues Betriebsrätegesetz machen. Dazu sei nach Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes Zeit. Es sollen nur solche Arbeitsschutzgerichte errichtet werden, die genügend beschäftigt sind. Dem hatten die Länder grundsätzlich zugestimmt. Für die Ansätze im Etat für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge verpricht der Minister, bei der dritten Lesung Anregungen zu geben. Daß die Maßnahmen der Reichsregierung zu einer erheblichen Verminderung der Arbeitslosenzahl beitragen hätten, lasse sich leider ziffernmäßig nicht nachweisen, es sei aber nicht zu bestreiten. Die Zahl der Notstandsarbeiter sei neuerdings wieder beträchtlich angeschwollen. Sie habe jetzt den Oktoberstand wieder erreicht. Am 1. März habe sich die Zahl der unterstützten Erwerbslosen auf 1 695 000 belaufen gegen 1 827 000 am 1. Februar. Dabei umfasse auch die Krisenfürsorge nur etwa 200 000, d. h. etwa 10 000 mehr gegenüber dem Vormonat. Der Minister verspricht höhere Zuwendungen des Reiches für die Kleinrentner und erklärt, die 18 000 des vorigen Etats seien nicht verausgabt, weil eine Arbeitsgemeinschaft sich nicht gebildet habe. Die Höhe der Wohlfahrtsrenten lasse sich noch nicht feststellen.

### Stand der Erwerbslosigkeit am 1. März 1927.

Berlin, 11. März. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zeigt in der zweiten Februarhälfte einen weiteren Rückgang um rund 65 000 = 8,7 Prozent. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 16. Februar bis 1. März 1927 von 1 509 000 auf 1 438 000 gesunken, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 916 000 auf 1 800 000.